

Steirische Gemeinden fordern Sondertopf für Nachrüstung von Bahnkreuzungen. Der Finanzausgleich soll Fairness bringen.

Von Ernst Sittinger

Der Ort war symbolisch: Am Red-Bull-Ring in Spielberg, der für den Aufbruch der Regionen steht, trafen sich gestern 300 Kommunalpolitiker zum steirischen Gemeindetag. Die nach den Fusionen verbliebenen 287 Kommunen kämpfen großteils mit ähnlichen Problemen – Abwanderung, Flüchtlinge, neue Aufgaben und knappe Budgets. Dazu kommt das Ringen um den neuen Finanzausgleich, der ab 2017 gelten soll und morgen in Wien endverhandelt wird.

Dass es um viel Geld geht, zeigt sich mitunter an Detailfragen. So fordern die Gemeinden vom Bund einen mit 300 Millionen Euro dotierten Sondertopf für die Nachrüstung von Eisenbahnkreuzungen. Diese Nachrüstung läuft derzeit, sie wird bis 2022 abgeschlossen und bringt die Gemeinden oft in Geldprobleme.

Ampel und Bahnschranken kosteten im Einzelfall „bald einmal 500.000 Euro pro Anlage“, rechnet Gemeindebund-Präsident Erwin Dirnberger vor. Die Hälfte zahlt die Bahn, doch die Bedeckung der anderen Hälfte ist strittig. Laut Höchstgerichtsurteil muss der Bund zahlen, der sich aber bisher weigert. „Wir müssten klagen“, so Dirnberger. Nun fordert man bundesweit 300 Millionen Euro. Die Chancen auf Realisierung sind gering, es handelt sich um eine der zahlreichen wechselseitigen Forderungen, die sich in Finanzausgleichsgesprächen aufstürmen. Er werde in Wien „für unser Geld kämpfen“, versprach der Chefverhandler der Länder, Vizelandeshauptmann Michael Schickhofer.

Abseits des Geldes sorgt die Raumordnung für Unruhe. Im nächsten Jahr soll das Gesetz novelliert werden, die Gemeinden reklamieren mehr Gestal-

300 Millionen für sichere Bahnübergänge



Immer wieder kommt es zu Unfällen. Die Umrüstung unbeschränkter Übergänge kostet viel Geld FF SEBERSDORF

tungsfreiheit für sich. Eine Idee: Jede Gemeinde soll innerhalb eines gewissen Areals (der sogenannten Stadtmauer) auf eigene Verantwortung Flächen widmen dürfen, ohne dies von der Landesaufsicht genehmigen zu lassen.

Dass es im Verhältnis zur Landesgemeindeabteilung gehäuft

Probleme gibt, sprach Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer in seiner Rede offen an: „Bürgermeister sind keine Bittsteller“, würden aber bisweilen so behandelt. Im neuen Gesetz soll diese Front bereinigt werden.

Schützenhöfer mahnte zum Thema Flüchtlinge: „Wenn wir

sie integrieren wollen, müssen wir trachten, dass wir nicht laufend neue dazubekommen.“ Von seinem unlängst getätigten Sager, die Bosnien-Flüchtlinge hätten sich unzureichend integriert, rückte Schützenhöfer teils ab: „Es sind damals 18.000 Bosnier gekommen, viele haben sich gut integriert.“

78

Millionen Euro mehr pro Jahr wollen die steirischen Gemeinden künftig aus dem Finanzausgleich lukrieren. Dazu müsste der Verteilmodus (Fixschlüssel und Bevölkerungszahl) geändert werden. Die benachteiligten Länder Steiermark, Burgenland, Niederösterreich und Kärnten haben dem Bund mit Klage gedroht.



**Hermann
Schützenhöfer,
Michael
Schickhofer
mit Erwin
Dirnberger und
Gemeinde-
bundgeneral-
sekretär Walter
Leiss**

DEGEN